

Bezugspreis:
Bieteljährlich
für Diez 4.50 Mk.
Bei den Postanstalten
(einschl. Beleggeld)
4.50 Mk.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Ehr. Sommer,
Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelnummern
Die einpaltige Kleinzeitung
oder deren Raum 30 Pf.
Beilage 10 Pf.

Ausgaben:
Diez, Rosenstraße 88.
Zeruprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 23

Diez, Montag, den 2. Februar 1920

26. Jahrgang.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 30. Januar 1920.

Die Beratung des Antrages Paul Hoffmann (U. Soz.) auf Aufhebung des Belagerungszustandes führte zu Stürmischen, die die ganze Verteidigung unseres politischen Lebens kennzeichnen. Als es früher zu solchen Ausbrüchen in den österreichisch-ungarischen Parlamenten durch die habsburgischen Eliten kam, zuckte jeder ausländische deutsche Politiker die Achseln über „die da unten“.

Abg. Leide (U. Soz.): Die gestrige Rede des Ministers Heine war eher eine Bogenrede als eine Programmrede. Es ist eine Lüge, daß meine Partei ein Interesse am wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands hätte. Die viel gerühmte Freiheit der neuen demokratischen Republik wird am besten illustriert durch die Presseverbote, durch die sich die Regierung zum Schutzmacher des Kapitalismus macht. Zugleich ist es ein niedriges infames Konkurrenzmandat gegen uns. Unsere Ernährungsschwierigkeiten sind ein Werk der Agrarier. Es ist Heuchelei, in einer Zeit von Demokratie zu sprechen, in der die schlimmste Diktatur aufgerichtet ist. Durch den jetzigen Ausnahmezustand sind Millionen deutscher Arbeiter entrechtet. Der Sozialismus wird kommen, weil er kommen muß. Sie können das Wort, aber nicht den Geist töten.

Minister Heine: Die Presse der Rechten hat aus Anlaß des Attentats auf Erzberger leider nicht den rechten Takt gewahrt. Ein Blatt, das zwar die Tat an sich verurteilt, unterschlä jedoch die Meinung, es werde Hunderttausende geben, die den Mißerfolg des Attentats bedauern. (Hört, hört!) Durch die Presseverbote will ich nicht die Meinung der Unabhängigen unterdrücken, sondern nur neuen Unruhen und großer Jüngern vorbeugen. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Wir handeln damit in Notwehr. Wenn die Freunde des Herrn Leide im besetzten Gebiet wären, dann wäre uns wohl und ihnen übel. (Sehr gut!) Aber wir wissen, daß die unabhängigen Blätter mit dem Gelde der Franzosen unterstützt werden; (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Ruhe! Ruhe! Beweise! Es dauert minutenlang, bis der Präsident dem Minister für einige Augenblicke wieder Gehör verschaffen kann.) Minister Heine fortfahrend: Der Zusammenhang der Politik der Unabhängigen mit der Art, wie das Ausland gegen uns schürt, beweist ja die heutige Rede des Abg. Leide. (Erneuter Lärm der Unabhängigen.) Adolf Hoffmann ruft: Zurückziehen oder beweisen! Die Angriffe werden von den Unabhängigen in die ausländische Presse dirigiert und werden dann von ihnen zitiert. (Ungeheurer Lärm bei den Unabhängigen.) Ruhe! Ruhe! Verleumder! Beweise! Der Minister kann nicht weiter sprechen.

Vizepräsident Dr. Frenkel vertagt um 3/4 Uhr die Verhandlung auf 4 Uhr.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung wieder um 4 Uhr 20 Minuten.

Minister Heine: Wenn es Leute gibt, die das jetzige Regiment stützen wollen, auch wenn unser ganzes Wirtschaftsleben zu Grunde geht, ist das ein politisches Verbrechen. Es wird jedoch den Verleumern von Ihnen zugerufen: „Fordert keine Kohlen, damit unsere Wirtschaft zugrunde geht!“ Ich bitte die Kritiker sich loszusagen von solcher Fäulnis. Wenn wir der Entente die zu liefernden Kohlen nicht geben, dann kommt sie und holt sie sich und das haben Sie dann verschuldet. Ein gewisser Baumann, unabhängiger Sozialdemokrat, der die erste Nummer der Rheinischen Republik schrieb und redigierte, kam dann nach Berlin, um von den Regierungsstellen einige Millionen zu bekommen unter Hinweis darauf, daß er diese Summe sonst von seinen unabhängigen Freunden bekomme. Wenn er sie aber von der Regierung bekomme, dann wolle er dafür sorgen, daß die Rheinische Republik zum Spiegelorgan der preussischen Regierung würde. Natürlich haben wir dieses Anbieten glatt abgelehnt. (Beifall.) Dafür sind aber der Zeitung sehr große Summen von anderer Seite zugeflossen, die zweifellos aus französischen und belgischen Propagandafonds stammen. (Adolf Hoffmann ruft: Verleumder!) Sie, Herr Hoffmann, haben Sie aus dem Ministergehalt von damals nicht bezahlt. (Schallende Heiterkeit.) Die Rheinische Republik arbeitet außenpolitisch und innenpolitisch im Sinne der Unabhängigen. Vielleicht lassen Sie sich auch von den Genossen in Köln das Protokoll der Verhandlungen zwischen den dortigen Unabhängigen und der belgischen Beiratsbehörde geben! (Große Bewegung. Lärm bei den Unabhängigen.) Wir wissen, daß wir nicht so tief gesunken wären mit den Friedensbedingungen, wenn die Unabhängigen nicht vom ersten Tage an erklärt hätten, wir seien im Unrecht, wir müßten gestraft werden und müßten jeden Frieden unterzeichnen. (Stürmische Zurufe. Widerspruch. Lärm bei den Unabhängigen.) Ruhe! Verleumder! Ruhe!

Präsident Leinert: Die Zurufe stehen für einen Ordnungsruf zu tief. (Großer Beifall. Schallende Heiterkeit.) Minister Heine beendet unter stürmischem Beifall seine Rede mit einem Appell zu enträchtigter Arbeit zum Wohle des Vaterlandes.

Abg. Adolf Hoffmann: Der Minister hat für seine Behauptung nicht den Schatten eines Beweises erbracht. Der Vorwurf der Verleumdung bleibt auf ihm stehen. (Ordnungsruf.)

Der Fall Baumann. Der Minister Heine ist in seiner großen Rede in der Landesversammlung am Freitag auf die Zusammenhänge zwischen Unabhängigen und den Vorkriegsbeziehungen im Rheinland eingegangen, wobei er den Fall der Zeitung „Rheinische Republik“ erwähnt hat. Von untergeordneter Seite wird hierzu noch mitgeteilt: Am 22. September erschien unaufgefordert bei einer preussischen Regierungsstelle Herr Baumann, auf dessen Visitenkarte groß gedruckt das Wort

„Rheinland-Bund“ prunkte und die Bezeichnung „Chefredakteur“ der „Rheinischen Republik“, und erzählte: daß er die literarische Stütze der rheinischen Separationspolitik sei und daß sein Blatt als Organ der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzusprechen wäre. Er bezog ein Jahresgehalt von 26 000 Mark. Nach dieser Einleitung machte Baumann das Angebot, seine Person künftig der preussischen Sache zur Verfügung zu stellen. Er sei zu der Überzeugung gekommen, daß es doch eigentlich Unsinn wäre, gegen Preußen zu arbeiten. Baumann spezialisierte sodann in einer Reihe, die seiner Geschäftstüchtigkeit alle Ehre machte, die Bedingungen, unter denen er ins preussische Lager herüberwechseln wolle. Er hatte seine Vorschläge zu Papier gebracht und forderte: 1. Ernennung zum Geheimen Regierungsrat; 2. feste Anstellung auf zehn Jahre und 40 000 Mark Jahresgehalt und 100 000 Mark jährlicher Repräsentation; 3. einen jährlichen Fond von 2 bis 3 Millionen zur Herstellung von Plakaten, Broschüren usw.; 4. eine Amtswohnung in Düsseldorf, Koblenz oder Köln mit zwei Mann preussischer Schutzmannschaft als Posten zur persönlichen Sicherheit. Nicht unbemerkt soll bleiben, daß Baumann, der vielleicht voraussetzte, daß diese Forderungen einmal die Rechnungsabteilung über die Verwendung des Millionenfonds von ihm verlangen könnten, sich schriftlich ausdrücklich Ausschließung jeder künftigen Kritik an seinen Maßnahmen vorbehalt. Er wies die persönliche Eignung zu dem Posten dadurch nach, daß er mitteilte, über die geheimsten Maßnahmen der Gegner auf französischer Seite und auch auf der deutschen Rheinbündnerseite unterrichtet zu sein, da er mit allen Herren der Rheinischen Republik monatlang tagaus tagen verkehrt habe. Außerdem besäße er das ganze unendliche, nur einmal vorhandene Altkommunikationsmaterial, das gegen Preußen und gegen das Reich verwendet werden solle. Er betonte, daß, wenn die preussische Regierung nicht auf sein Angebot einging, er das Material schon zu verwenden wissen werde. Sein Blatt wird auch heute noch in unabhängig-kommunistischem Sinne redigiert. Baumann, der ein ehemaliger Lehrer ist, führt einen besonders heftigen Kampf gegen das preussische Schulsystem. Die Darstellung dieses Sachverhalts dürfte hinreichen, um Baumann und sein Blatt als erledigt gelten zu lassen, aber auch, um zu zeigen, was für Elemente hinter der Bewegung stehen, welche die Rheinlande von Preußen und damit vom Reich losreißen will. (Aus den obigen „Bedingungen“ des Herrn Baumann möchte man fast schließen, daß der Mann nicht ganz normal ist. D. Red.)

Die Kaiserfrage.

Das Begehren der Entente. „Daily Express“ meldet, daß der nächste Schritt der Alliierten gegenüber den Niederlanden von größter Bedeutung sein werde. Die niederländische Regierung werde nämlich gefragt werden, ob sie im Hinblick auf die ablehnende Antwort bereit sei, zu gewähren, daß sie den vormalsigen Kaiser in den Niederlanden festhalten und ihn dauernd internieren werde, um zu verhindern, daß er nach Deutschland komme, wenn die Lage in Deutschland sich so entwickeln sollte, daß sie dem Kaiser Anlaß gebe, von neuem sein Glück zu versuchen.

Französisch-englische Versimmung. Der Temps protestiert gegen die Nachricht der „Times“, aus Kairo vom 21. Januar, in der gesagt wurde, daß die Lage in Syrien ernst ist, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der „Times“ sagt: Die militärischen Schwierigkeiten seien Angriffe von kleinlicher Bedeutung. Die Beziehungen zwischen den französischen Behörden und den Behörden von Libanon, namentlich aber mit der Geistlichkeit, seien ausgezeichnet in jeder Hinsicht und man könne sich nur wundern, daß von Kairo aus so falsche Nachrichten verbreitet würden, die offenbar den Zweck hätten, das Werk Frankreichs in Syrien zu diskreditieren.

Der Völkerverbund.

Die Liste der Schuldlosen. Die Agentur Havas berichtet aus London: Wie die Blätter mitteilen, sollen sich die Ministerpräsidenten der Entente anfangs Februar in London versammeln, um eine neue Reduktion der Liste der Schuldigen vorzunehmen. In zukünftigen Kreisen wird dazu erklärt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehre. Die Liste der Schuldigen, die 800 Namen umfaßt, ist abgeschlossen, und es werden keine Änderungen mehr daran vorgenommen. Die Liste wird der deutschen Regierung am 10. Februar übergeben werden. Der Völkerverbund wird am Montag die Formalitäten prüfen, unter denen die Uebergabe stattfinden wird.

Aus dem besetzten Gebiet.

Keine Ausfüllung der Fragebogen. Die Section Economique hatte vor der Ratifizierung des Friedensvertrages den deutschen Kaufleuten und Industriellen des besetzten Gebiets Fragebogen zur Ausfüllung überreicht. Die internationalisierte Rheinlandkommission in Koblenz hat nunmehr dem Reichskommissar in Koblenz mitgeteilt, daß nach dem erfolgten Inkrafttreten des Friedensvertrags die deutschen Kaufleute und Industriellen der besetzten Gebiete nur an diejenigen Verpflichtungen gebunden seien, die in den Bestimmungen der internationalisierten Rheinlandkommission und in den Bestimmungen des Friedensvertrags vorgesehen sind. Diese Entscheidung sei auch dem Armeekommandanten bekanntgegeben worden. Nach dieser Entscheidung sind die betreffenden Kreise nicht zur Ausfüllung der Fragebogen genötigt, da eine solche Bestimmung in den Bestimmungen nicht enthalten ist.

Der Ministerbesuch. Es steht nunmehr endgültig fest, daß der preussische Ministerpräsident Dr. Siegel und die Minister am Zehnhoft, Stegerwald, Südekum und Fischbeck, ferner die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Busch und Ling an der Reise teilnehmen. Dagegen wird der Landwirtschaftsminister die Reise nicht mitmachen. Die Hauptverhandlungen werden am Montag morgen in Köln bei der Regierung mit dem parlamentarischen Beirat für die Rhein-

provinz stattfinden. Auch mit den Oberbürgermeistern der großen rheinischen Städte wird verhandelt werden. — Berechnungen mit den Bürgermeister der kleinen Städte, die auch mancherlei Wünsche haben, waren auch nötig.

Der Goldzoll. Nach einer Bekanntmachung zu dem Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold beträgt das Aufgeld für den Monat Februar 1920 900 v. H.

Die Zeitungsfestung. Aus Koblenz wird gemeldet: Nach Anordnung der internationalisierten Rheinlandkommission tritt in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar die mitteleuropäische Zeit für das bürgerliche Leben in Kraft. Die Uhren sind daher in der Nacht um 12 Uhr um eine Stunde vorzurücken. Im Eisenbahnbetrieb tritt vorläufig keine Veränderung ein.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Admiral von Reuter. Die englische Zeitung „Globe“ meldet: Der verantwortliche Urheber der Zerstörung der deutschen Kriegsschiffe von Scapa Flow, Admiral von Reuter, der in England interniert war, ist freigelassen worden und befindet sich bereits auf dem Wege nach Deutschland.

Deutschland.

D Armes Danzig! Nach einer Havas-Meldung aus Warschau plant man die Schaffung eines polnischen Hafens bei Danzig. Außerdem will die Regierung bei einem für Polen glücklichen Ausgang einen Seehafen in der Gegend von Danzig oder Dirschau anlegen lassen. — Wenn diese Pläne verwirklicht werden, ist Danzig zum wirtschaftlichen Ruin verurteilt. Die Pläne sind ferner ein Hohn auf die Absichten der Entente im Friedensvertrage, die dahingingen, Polen in Danzig einen Seehafen zu geben. Nur das allein berechtigte Mißtrauen der Entente gegen die edlen Polen hat es wohl verhindert, daß Danzig selbst als Ende des Weichseltorstrasses auch noch polnisch würde. Man darf gespannt sein, was die Alliierten, namentlich England, zu diesen Plänen sagen werden, denn sie haben schon im vorigen Sommer Vorbereitungen getroffen, um einen starken Anteil des über Danzig geführten Handels mit Polen an sich zu nehmen.

Kabinettsitzung in Berlin. Am Freitag nachmittag fand eine gemeinsame Kabinettsitzung der Reichs- und Preussischen Staatsregierung statt, in der die Schulfrage sowie die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates besprochen wurde.

Die Zahl der Katholiken im neuen Deutschland.

Auf dem Zentrumsparteitag in Berlin ist bei einer Rundgebung für die Katholiken in den nach dem Friedensvertrag abzutretenden Gebieten darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Gebiete in der Hauptsache den Katholiken bewohnt seien. Nach einer in der „Eisener Volkszeitung“ wiedergegebenen Mitteilung der Katholiken- und Kirchenzeitung wird durch die Gebietsveränderungen im Westen und im Osten die katholische Kirche in Deutschland und besonders in Preußen stark in Mitleidenschaft gezogen. Durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen scheiden zwei Bistümer mit 1 330 000 Katholiken und 370 000 Nichtkatholiken aus dem Deutschen Reich aus, weg mit 505 000 Katholiken und Straßburg mit 825 000. Das besetzte Saargebiet gehört kirchlich zum größten Teil zum Bistum Trier, ein kleiner Teil zum Bistum Speyer mit zusammen rund 400 000 Katholiken und 200 000 Nichtkatholiken. In der Diözese Köln sollen die drei Dekanate Eupen, Malmedy und St. Vith mit zusammen 62 000 Katholiken und 1000 Nichtkatholiken durch Abstimmung entscheiden, ob sie an Belgien fallen oder bei Deutschland bleiben. Insgesamt wohnen mithin in den westlichen Abtrennungs- und Abstimmungsgebieten rund 1 800 000 Katholiken und 570 000 Nichtkatholiken. Im Osten fallen die Erzbistümer Gnesen und Posen fast ganz an Polen. Das abzutretende Gebiet zählt 1 400 000 Katholiken und 500 000 Nichtkatholiken. In gleicher Weise scheiden fast das ganze Bistum Kulm, abgesehen von kleinen stark protestantischen Kreisen im Westen und Osten, aus dem Deutschen Reich aus und damit 800 000 Katholiken und 70 000 Nichtkatholiken, die teils Polen, teils Freistaatler (Danzig) werden. Im Bistum Ermland sollen etwa 150 000 Katholiken und 300 000 Nichtkatholiken an Polen fallen oder über ihre künftige Staatszugehörigkeit abstimmen. Schließlich findet im Bistum Breslau in Oberschlesien eine Abstimmung statt, in einem Gebiete, das mindestens 1 700 000 Katholiken und nur 170 000 Nichtkatholiken umfaßt. Das östliche Abtrennungsgebiet und Abstimmungsgebiet beinhalten somit rund vier Millionen Katholiken und 1 700 000 Nichtkatholiken. Im Westen und Osten sollen mithin 5 800 000 Katholiken und 2 250 000 Nichtkatholiken abgetrennt werden oder abstimmen. Vor dem Friedensschluss zählte Deutschland etwa 24 500 000 Katholiken und 41 Millionen Nichtkatholiken. Würden alle Abstimmungsgebiete aus dem Deutschland Reich auscheiden, dann blieben noch nicht 19 Millionen Katholiken übrig neben 39 Millionen Nichtkatholiken; die Katholiken, die bisher im Deutschen Reich 37 v. H. ausmachten, würden damit auf 32,5 v. H. vermindert werden.

England.

Ministerkrise. Der Minister der Arbeiterpartei Barnes hat seine Demission gegeben, die als ein schwerer Schlag für die Koalition betrachtet wird. Wenn sich, wie es den Anschein hat, die drei anderen Arbeitsminister ebenfalls zurückziehen, geht die Koalition jeden Abend des Arbeitererretung verlustig. — In einem von Barnes verbreiteten Interview erklärte Barnes, daß er nicht wüßte, ob das Kabinett die Billigkeit und daß er die Gründe nicht veröffentlichten könne. Nach dem „Evening Standard“ würden im Kabinett wahrscheinlich noch verschiedene andere Veränderungen eintreten. — Die liberalen Zeitungen sind der Ansicht, daß die Demission Barnes diejenige der drei anderen Arbeitermitglieder der Regierung im Gefolge haben wird. — Die „Evening News“ melden, daß der Ministerpräsident die Demission Barnes, Ministers ohne Portefeuille, angenommen hat.

Wiquiths Wirtschaftsprogramm. Wiquith eröffnete den Wahlkampf formell. Er sagte u. a.: Das Geschick in der Welt muß wieder begonnen werden, daß alle anderen dazu kommen, unsere früheren Feinde, die Alliierten und die Neutralen! Eine wirksame Organisation ist gegen die reaktionäre Gesetzgebung und gegen die Regierung des Wahnsinns und der Erbtrugung notwendig. Man darf nicht fortfahren, sich durchzubohren, sondern muß seinen Verbindlichkeiten nachkommen. Die Verminderung der Schulden ist von überragender Bedeutung.

Liebesgabenpakete.

Zahlreiche beim Reichspostministerium einlaufende Briefe lassen erkennen, daß über die Einfuhr- und Abgabefreiheit der aus dem Ausland eingehenden Postpakete mit Lebensmitteln und persönlichen Bedarfsgegenständen noch immer Unklarheit herrscht. Zuständig für die hierbei anzunehmenden Bestimmungen, ist auch bei Postpaketen nicht, wie vielfach angenommen wird, die Postverwaltung, sondern für die Einfuhrfreiheit der Reichskommission für Aus- und Einfuhrbewilligung und für die Abgabefreiheit (Befreiung vom Zoll) der Reichsminister der Finanzen. Bei der Behandlung wird genau unterschieden zwischen Liebesgabenpaketen und sonstigen Lebensmittelpaketen. Liebesgabenpakete, die durch die Post befördert werden, sind solche, die vom Ausland unmittelbar an bestimmte inländische Empfänger eingehen, nachweislich geschenkt, für den eigenen Bedarf des Empfängers oder seines Haushalts bestimmt und der Art und Menge nach diesem Bedarf angemessen sind. Sie unterliegen keiner Einfuhrbewilligung und sind neuerdings auch von jeder Zollabgabe befreit. Nur jedoch die mißbräuchliche Ausnutzung dieser Einrichtung zu verhüten, müssen die Zollstellen selbstverständlich auch diesen Verkehr nach bestimmten Gesichtspunkten weiterhin beobachten. Das Nähere hierüber ergibt sich aus dem Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 53 vom 3. Dezember 1919.

Anders liegt die Sache bei den sonstigen Postpaketen mit Lebensmitteln, die zwar auch für den eigenen Bedarf des Empfängers bestimmt, von diesem aber bestellt sind und daher gegen Bezahlung geliefert werden. Diese Lebensmittelpakete können bis zum Gewicht von 5 kg nur dann ohne Einfuhrbewilligung eingeführt werden, wenn sie Butter, Fleisch und Fischwaren, Speck, Mehl, Zucker, Ananas, Ingwer, Banane, Nüsse, Nusskerne, Nusskaffee, Nussöl, Langusten, Hummern und Austern überhaupt nicht, ferner Margarine, Schokolade, Gebäck, Feigen, Indurweil, nebst ähnlichen Waren, Pfeffer, Tee, Erzeugnisse der Schokoladenindustrie nur bis zum Gewicht von je 1 kg sowie Seife, Kerzen und Stäbchen bis zum Gesamtgewicht von 2½ kg enthalten. Die an der Gewichtsgrenze gebundenen Waren sind also innerhalb dieser Grenze einfuhrfrei, obwohl sie wegen ihrer Bezugsbedingungen Handelswaren im eigentlichen Sinne darstellen. Dasselbe gilt von den sonstigen oben nicht ausdrücklich ausgenommenen Lebensmitteln. Diese Bestimmungen ermöglichen es also jedem Privatmann, der im Ausland keine Freunde oder Verwandte hat, die ihm Sendungen in Form von Liebesgaben zukommen lassen, zum eigenen Gebrauch von dortigen Geschäften 5 kg - Pakete mit Lebensmitteln auch gegen Bezahlung zu beziehen. Was die Entrichtung des Zolles anbelangt, so liegt natürlich keine Veranlassung vor, diese Art von Handelswaren von der Entrichtung des Zolles zu befreien. Dies kommt aber auch kaum in Betracht, weil Lebensmittel im eigentlichen Sinne fast allgemein zollfrei sind.

Den deutschen Empfängern kann nur dringend aus Herz gelegt werden, allen Freunden und Verwandten im Ausland und besonders in Amerika, von denen sie Geschenkpakete zu erwarten haben, die obigen Bestimmungen über Liebesgabenpakete scharf mitzuteilen und ihnen zu empfehlen, die Sendungen gleich bei der Auslieferung in der Aufschrift und Zollinhaltsverklärung als Liebesgabenpaket (englisch gift parcel) zu kennzeichnen. Sie erleichtern dadurch den deutschen Zollbeamten ihre oft gar nicht so leichte Aufgabe, die Eigenschaft der Sendung zu erkennen und ersparen sich selbst u. U. Kosten und Ärger. Bei Nachfragen über Pakete aus Amerika wende man sich nicht an das Reichspostministerium, sondern zunächst an die Ortspostanstalt, die Auskunft erteilen oder bei Paketen aus Amerika von dem Postamt 7 in Hamburg einholen wird.

Arbeitslosenunterstützung im Ausland.

Eine Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung in England wurde im November vom Unterhaus beschlossen. Die Zahlung der Unterstützung soll, wie die „Soziale Praxis“ berichtet, für alle Arbeitslosen, die nicht im Heere gedient haben, sofort, für die Demobilisierten im März 1920 eingestellt werden. Begründet wird dieser Beschluß mit der Notwendigkeit der größten Sparbarkeit; erleichtert wird er durch den Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens. Auch die 500 000 Arbeitslosen, die Ende Oktober gezahlt wurden, können zum größten Teil von der Industrie aufgenommen werden. Die Arbeitslosigkeit ist nach Erklärungen des Arbeitsministers zurzeit um die Hälfte geringer als durchschnittlich in den letzten 15 Jahren vor dem Kriege. In dieser Zeit betrug die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Beschäftigten 4,3 v. H., Ende Oktober 1919 jedoch nur 2,6 v. H. Darunter befinden sich noch die Teilnehmer einer Reihe von Streiks, so daß in Wirklichkeit der Prozentsatz ein noch niedrigerer war. Trotzdem inzwischen mehr als eine Million Soldaten aus dem Heeresdienst entlassen worden waren, ging die Zahl der Leute, die Arbeitslosenunterstützung bezogen, in der Zeit vom Mai bis Ende September 1919 um mehr als die Hälfte zurück, nämlich von 1,1 Millionen auf 403 000. Anfanglich betrug die Arbeitslosenunterstützung wöchentlich 24 Mark für Männer und 20 Mark für Frauen. Dazu kam für das erste Kind unter 15 Jahren ein Zuschlag von 6 Mark für jedes weitere: von 3 Mark. Im Dezember 1918 wurden diese Sätze um 5 Mark erhöht. Die Jugendlichen, 15 bis 18 Jahre alten Arbeitslosen hatten nur die Hälfte der Sätze der Erwachsenen zu beanspruchen. Die Unterstützung wurde für die Zivilisten 13 Wochen gezahlt, für die Demobilisierten 26 Wochen. Für beide Klassen wurde die Bezugszeit später um 13 Wochen verlängert, doch wurde während dieser Zeit die Summe für den Mann auf 20 Mark, für die Frau auf 15 Mark verfürzt.

Eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt in Deutschland nicht. Der Wiener „Arbeiterzeitung“ zufolge wird den Arbeitslosen ohne Unterschied des Geschlechts, die für mindestens ein Familienmitglied die Familienzulage beziehen (Familienheerhalten), und den männlichen Arbeitslosen über 18 Jahren, in keinem Familienverband leben, ein außerordentlicher Zuschuß aus Staatsmitteln von je zwei Kronen täglich zu dem bisher bestimmten Ausmaß der Unterstützung gewährt.

Der Zuschuß wird vom 28. Dezember 1919 an nachgezahlt. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung beträgt, abgesehen von der Familienzulage von einer Krone täglich für jedes anspruchsberechtigte Familienmitglied, in Wien und in den größeren Industriestädten nahezu durchweg sechs Kronen täglich, hält sich aber im übrigen Staatsgebiet entsprechend niedriger. — Die Zahl der Arbeitslosen schwankt, wie amtlich mitgeteilt wird, gegenwärtig zwischen 80 000—90 000, von denen 65 000 bis 75 000 auf Wien entfallen.

Verkehr.

Die niederländische Postverwaltung hat sich wiederholt darüber beklagt, daß zu den aus Deutschland eingehenden Paketendungen häufig die erforderlichen Zollinhaltsverklärungen fehlen, daß die Inhaltsverklärungen ungenau ausgefüllt sind, und daß die Verpackung der Sendungen mangelhaft ist. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß den Paketen nach den Niederlanden außer der Paketkarte zwei Zollinhaltsverklärungen (auf weißem Papier), ein grüner statistischer Anmeldebchein und eine ordnungsgemäße Ausfuhrverklärung beigelegt sein müssen. In den Zollinhaltsverklärungen zu Paketen mit verschiedenen Waren sind die einzelnen Warengattungen getrennt unter Angabe des Wertes jeder Gattung aufzuführen. Die Verpackung der Pakete muß der Länge der Beförderungskreise und der Dauer der Beförderung angemessen sein. Die genaue Beachtung dieser Vorschriften liegt im eigenen Interesse des Publikums, weil Verträge dagegen Verzögerungen und Verluste der Sendungen in hohem Maße begünstigen.

Wollwirtschaft.

Hunger auf deutsche Waren. Von einem Freunde unseres Blattes wird uns folgende Einsicht gestattet in einen Brief des Chefs einer der ersten Drogenhäuser des spanisch sprechenden Auslandes. Der Inhalt dieses Briefes ist so außerordentlich charakteristisch, daß er der Teilnahme unseres Lesers gewiß kein darf. Der betreffende Herr schreibt: „Ich heute komme ich zur Beantwortung Ihrer Zeilen vom 15. Nov. vorigen Jahres, da ich jetzt glücklicherweise wieder täglich in der Arbeit stehe. Es ist mir gelungen, meine Läger wieder mit deutschen Erzeugnissen auszufüllen. Die Sehnacht nach ihnen war wirklich eine ganz gewaltige. Alles, was während des Krieges von unseren Feinden, vor allem Nordamerika, aber auch von den Schweizern nach hier gebracht wurde, hatte die gewissenhaften Exporteure bereits in den höchsten Grad der Verwässerung verpackt. Vertrauen hat man nach wie vor nur zu unseren guten, alten deutschen Marken. Alle unsere Nachahmer und Wettbewerber auf unserem Geschäftsgebiete haben alles andere erreicht als Vertrauen zu ihrer Ware. Um so besser für uns. Hoffentlich aber bleibt man dort auch beim alten System, daß eine gute Marke auch nur gute Ware liefern darf. Es freut mich zu hören, nicht allein von Ihnen, sondern auch von anderer sachkundiger Seite, daß allmählich in unserer alten Heimat die Verhältnisse sich wieder bessern, daß die Arbeiter sich wieder auf sich selbst verlassen und überzeugen, daß nur die Arbeit wieder bessere Verhältnisse schaffen kann. Wenn unsere Feinde auch noch so lange uns auf den wirklichen Frieden warten lassen wollen, leider unterstützt teilweise durch innerdeutsche politische Verhältnisse, neidisches Gegeneinanderarbeiten und doppelte Rechthaberei der einzelnen Parteien und Gewerkschaften, so können sie doch niemals den inneren Wert unseres Volkes und seines Geistes abtöten; aus diesem Grund ist ja auch die Dankschuld zu allem, was man gegen uns noch unternimmt, nämlich die große Angst vor uns, nur allzu verständlich. Die Zukunft wird uns noch vieles lehren und hoffentlich viele Großmänner von heute werden noch bestimmen. Es war mit eine große Befriedigung, in den letzten Tagen zufälligerweise verschiedene Briefe aus Nordamerika aus den verschiedensten Lägern der Politik und des Handels zu lesen, aus all denen klar hervorgeht, daß dort bereits ein großer Optimismus für Deutschlands Zukunft herrscht, teils sehr wider die eigenen Wünsche. Hoffentlich werden wir aber gelernt haben, den Vätern etwas feister zu haben, als früher und auch begreifen, daß die Grenze zwischen Gutmütigkeit und Dummheit nur schwer zu ziehen ist.“

Die Beschlagnahme überzogener Wohnungen. In der letzten Zeit ist ein Urteil des Landgerichts zu Bremen vom 29. Oktober 1919 gegen den Bremischen Senat durch die Presse gegangen, wonach dem Bremischen Senat die Beschlagnahme von Wohnungen neben einem anderen Grunde auch deswegen unterlag, weil die Bestimmungen der Wohnungsmangelverordnung gegen den Artikel 153 der Reichsverfassung verstoßen sollten, nach dem eine Einigung nur gegen angemessene Entschädigung zulässig ist, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Die Beschlagnahme überzogener Wohnungen ist nicht als die Beseitigung einer privatrechtlichen Enteignung anzusehen, sondern als ein öffentlich-rechtlicher Akt, durch den dem Wohnungsinhaber eine öffentliche Last auferlegt wird. Deswegen kann der Artikel 153 der Reichsverfassung in diesem Falle keine Anwendung finden. Selbst wenn man aber annimmt, daß die Beschlagnahmeüberlegung eine privatrechtliche Beschränkung des Eigentums ist und demgemäß Artikel 153 der Reichsverfassung Platz greift, so ist trotzdem dieser Artikel 153 nicht verletzt. Denn eine angemessene Entschädigung ist nur insoweit vorgeschrieben als ein Reichsgesetz nicht etwas anderes bestimmt. Die Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 ist ein solches vollständiges Reichsgesetz, da sie auf dem Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (R.-G.-Bl. S. 32 ff.) beruht, das nach wie vor unbestritten in Gültigkeit ist. — Auch hat das Landgericht Hannover durch Urteil vom 13. Dezember 1919 — S. D. 147-19 — entschieden, daß der Rechtsweg gegen die Wohnungsbeseisnagnahme überhaupt unzulässig ist.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Bad Homburg v. d. H., 31. Jan. Die H.-G. Bad Homburg hat beim Frankfurter Landgericht einen Arrestbeschl in Höhe von 500 000 Mark über das Vermögen des Direktors Dr. Fischer und des Aufsichtsratsmitgliedes Kaufmann Kleemann in ARN erwirkt. Feldsteiger wird auch jetzt beschuldigt, die Aktiengesellschaft durch Befestigung wichtiger Dokumente erheblich geschädigt zu haben. Alles Suchen nach den Akten ist bisher vergeblich gewesen.

Aus Diez und Umgegend.

4 Sport. Wir machen die Bürgererschaft und besonders die Jugend darauf aufmerksam, daß der Turn- und Reichtum am nächsten Sonntag, abends 7,30 Uhr in der Turnhalle der Realschule die schon lange geplante Gründung einer Leichtathletik- und Fußballvereins vornehmen wird. Der Turn- und Reichtum

will auch zeigen, daß er allen modernen Bestrebungen in der Körperpflege und der Jugendausbildung in ernster und konsequenter Weise gerecht zu werden wünscht. Wir können deshalb allen jungen Leuten nur dringend empfehlen, sich den Bestrebungen des Turn- und Reichtums anzuschließen.

Aus Ems und Umgegend.

Elternbeiratswahlen. Am vergangenen Freitag fand in der Aula der Kaiser Friedrich-Schule die erste gut besuchte Elternversammlung zur Vorbereitung der Elternbeiratswahlen statt. Nach einem Erlaß des Ministers sollen die Wahlen in allen Schulen auf den Anfang des Monats März gelegt werden. Die amtliche Wahlliste für die Eltern der Kaiser Friedrich-Schule besuchenden Kinder wird in der Zeit vom 2. bis 16. Februar von 9—4 Uhr im Elternsprechzimmer der Anstalt zur Einsicht ausliegen. Die amtliche Wahlliste für die höhere Mädchenschule (Luisenschule) liegt in der gleichen Zeit ebenfalls in der Kaiser Friedrich-Schule aus. Einsprüche sind bei dem Leiter der beiden Schulen, Direktor Dr. Harnisch, geltend zu machen. — Nach einer Anregung aus dem Elternkreise heraus werden von den Eltern selbst private Abschriften der Listen im Laden des Herrn Kaufmanns Gutschmann, Römerstr. 3, ausgelegt.

Sitzung der Stadtverordneten.

zu Bad Ems, am 29. Januar 1920.

Schlus.

Ohne Debatte wurden mehrere Verträge mit Hauseigentümern, die Einquartierung haben, genehmigt. Ferner beantragte der Magistrat, die Auszahlung der in dem vorläufigen Tarife vorgesehenen Entschädigungen zu gestatten. Stadtv. Dr. Stemmler wies darauf hin, daß die in dem bisherigen Tarife vorgesehenen Entschädigungen absolut unzulänglich seien. Man solle sie ausbilden, aber er empfehle den Empfängern, sie nur unter Vorbehalt anzunehmen. Stadtv. Dr. Müller (V. Rpt. f. r. u. s.) um schleunige Auszahlung der Schadenersatzleistungen. Der Magistratsantrag wurde angenommen. Als der Magistrat auf die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung — das Reich hat noch nichts zahlen können und der Kreis nur 800 000 Mk. Voranschlag gegeben — hinwies, verlangte Stadtv. Dr. Stemmler, daß der Besuch der preussischen Minister dazu benutzt werden müßte, den Berliner Behörden den Standpunkt einmal klar zu machen. Stadtv. Dr. (Zentr.) teilte mit, daß die Stadt sich wohl an die Regierung in Wiesbaden wie an den Minister des Innern in Berlin wegen Zahlung von mindestens 500 000 Mk. unter Schilderung der Lage und Stimmung gewandt habe.

Ohne Debatte wurde das Gesuch der hiesigen Krankenhäuser, die Pflegekosten für die bei ihnen untergebrachten Pflegekinder der Stadt von 3 Mk. auf 4 Mk. zu erhöhen, genehmigt.

Die Grundsteuerveranlagung des Domänenfiskus ist bekanntlich seit langer Zeit Gegenstand eines Streites zwischen der Stadt und dem Fiskus. Die Stadt hat ihrer Veranlagung den gemeinen Wert unter Anrechnung der Quellen zugrunde gelegt, was etwa 18 Millionen Mark ausmacht, während die Vertreter des Fiskus nur den Grund- und Gebäudewert mit 3,9 Millionen Mark veranschlagen. Es ist nun zu einiger Einigung gekommen, nach der der Fiskus für die Jahre 1913—1915 nur 13 Millionen, 1916—1918 aber 14 Millionen veranlagt. Nun müssen die inzwischen zuviel erhobenen Steuern zurückgezahlt werden. Eine für alle Fälle vorgesehene Rindlage der Stadt besteht aus 12 000 Mk., 48 000 Mk. sind noch zu zahlen. Man hofft, diese letzte Summe in Vergleichsverhandlungen noch etwas ermäßigen zu können. Der Magistratsantrag auf Zustimmung zu dem Vergleich mit allen seinen Folgen wurde ohne Widerspruch angenommen.

Über die Karnevalsfeier liegt ein Erlaß des Ministers vor, der den Landestellen, wo Karnevalsfeiern üblich waren, diese wieder gestatten will, wenn Maßnahmen gegen Ausschreitungen getroffen sind. Der Magistrat hat demgemäß beschloffen, Karnevalsfeiern zu gestatten bis 10 Uhr, mit Erlaubnis des Landratsamtes bis 10,30 Uhr, bei Zahlung von 60 Mk. Lustbarkeitssteuer. Verboden sind Umzüge und Gesichtsmasken. Dem Magistratsbeschlusse wurde ohne Einspruch zugestimmt.

Es folgte eine Anzahl Mitteilungen.

Die Leitung des Lebensmittelamtes ist Herrn Verhey übertragen worden.

Am 2. d. d. ist eine Mauer eingestürzt. Stadt und Kurkommission streiten sich um die Pflicht der Wiederherstellung. Die Stadt wird den Schaden beseitigen, was etwa 2000 Mk. kosten soll, und den Betrag von der Kurkommission wieder einziehen.

Die Milchpreben sind gemacht und es war nichts zu beanstanden. Es wurde der Wunsch geäußert, die Verkaufsstellen zu veranlassen, auch Sonntags eine gewisse Zeit aufzukalten.

Am Vorabend der geplanten Umänderungen im Geschäftsbetrieb der Stadtverwaltung hat der Magistrat auch eine anderweitige Verlegung der Büroräume erwogen. Er hat den alten Plan, dem Bürgermeister eine Wohnung außerhalb des Rathauses zu mieten, wieder aufgenommen. In die jetzige Bürgermeisterwohnung soll dann das Stadtdesamt und das Baubüro gelegt werden, in deren Räumen die ortsgeschichtliche Sammlung aufgenommen werden könnte. Das Lebensmittelamt soll dann in die Museumsräume hinüber, was den Vorteil hätte, daß die Räume des Lebensmittelamtes bei seiner Auflösung für die Erweiterung der Mädchenschule genommen werden könnten. Ferner verhandelt die Stadt wegen Pachtung des hiesigen Jugendheim- und des ersten Stockwerks der Alten Post, die dann sowohl als Bürgermeisterwohnung wie auch als Museum dienen könnten. Das Lebensmittelamt könnte auch in der „Stadt Straßburg“ untergebracht werden. Stadtv. Dr. (Zentr.) regte an, das Lebensmittelamt im Schlachthof unterzubringen und für den oberen Stadteil eine besondere Markenausgabestelle einzurichten. Er wies auch auf die Schwierigkeiten der Verlegung eines Museums hin. Seine Vorschläge wurden von den Stadtv. Dr. Müller (Z. u. Rpt.) und (Dem.) unterstützt. Stadtv. Dr. Müller (Z. u. Rpt.) bezeichnete den hintern Saal der „Alten Post“ als durchaus geeignet für das Museum, und Stadtv. Dr. Müller (Z. u. Rpt.) verpflichtete ihm bei. Beigeordnet. Stadtv. Dr. (Zentr.) erklärte, daß der Magistrat die gegebenen Anregungen berücksichtigen werde.

Die Holzverteilung entfiel eine ausgedehnte Debatte. Der Magistrat teilte mit, daß er die Nachkriterien, die von der Holzkommission ausgearbeitet wurden, angenommen habe. Danach sollen etwa 50 Familien 2 Ma. zu 20 Mk., anderen Haushaltungen nach Prüfung ihrer Verhältnisse dieselbe Menge zu 40 Mk. gegeben werden. Außerdem sollen die Verteilungen solange unter Ausschluss von Auswärtigen und Händlern stattfinden, bis der

der der Emser Bürger gedeckt ist. Mit den Jährhaltern
einkommen über die Anfuhr getroffen worden. Von
einzelnen Stadtverordneten wurde eine Anzahl Fragen
und Wünsche vorgebracht, deren Erfüllung sich in tech-
nischen Schwierigkeiten, namentlich durch den Mangel (trotz
des Hauerbühne!) stets scheitern werden. Befragt wurde
über die Verteuerung des Werthholzes, namentlich durch
die Gebote eines auswärtigen Händlers.
Der Stadt. Arbeiter Struth hat an den Stadt. Vorst.
Schreiben gerichtet, worin er sich über die An-
nahme seiner Altersrente beklagt. Die Sache wurde auf
die nächste Sitzung vertagt, wo der Magistrat sich dazu
äußern wird. Immerhin erklärte Stadt. Vorst. Dr.
Stemmler, unter Zustimmung der Versammlung, daß die
Altersrente ein Ehrenlohn und keine Entschädigung für ver-
richtete Arbeitskraft sei.
Ueber die Neuordnung der Kurverwaltung
berichtete Stadt. Vorst. Dr. Stemmler an Hand eines schon
früher künftigen Altkassen. Er erwähnte, daß zu den
Verhandlungen am 8. Januar nur ein Vertreter des Land-
schaftsministeriums erschienen war, der sich anfangs den
Wünschen der Stadt gegenüber ablehnend verhielt. Es
wurde der Haushaltsplan für 1920 mit etwa 300.000 Mk.
aufgestellt. Den Wünschen der Stadt nach Vereinigung der
Kasse und Brunnenverwaltung und der Kurkommission ist
keine Rechnung getragen worden durch die Vereinigung der Leiter-
schaft in der Person des Direktors Nieß. Ihm wird als
Inspektor eine jüngere Kraft zur Seite stehen, deren
Hauptaufgabe die Ausarbeitung und Durchführung des Ver-
waltungsprogramms sein dürfte. Sollte der neue Mann
dem Probejahr sich bewähren, so hat er Aussicht, eine
beständige Stelle zu bekommen. Bei der Entscheidung dar-
über hat die Stadt auch mit zu bestimmen. Auf eine Frage
des Stadt. G. Müller (D. Vpt.) über die Besatzungs-
verhältnisse während der Kurzeit, wurde geantwortet, daß
eine Verminderung vielleicht eintrete.
Stadt. Vorst. Dr. Stemmler erinnerte dann an die am
Vortag vorzunehmende Kreiswahl, deren
Ergebnis durch die Einigung der Parteien auf einen Wahl-
vorschlag vereinfacht worden ist.
Kamens der demokratischen Fraktion stellte
Stadt. Henke folgende Anfragen: 1. Ist die baldige Beliefe-
rung der noch ausstehenden Mengen Kartoffeln für die
Versorgungsberechtigten gesichert und wann kann
die Belieferung der Haushaltungen erfolgen? Eine weitere
Versperrung vor Beginn der Sommerferien bedrückt.
Was ist geschehen, um in Verfolg des Antrags und der
Erregungen der Stadt. Sitzungen vom 4. 12. 19 auf Er-
richtung eines Mietvereins- und Wohnungs-
amtes diese Einrichtung demnächst der praktischen Wirk-
samkeit zuzuführen? Die in Aussicht stehende Gründung
eines Hausbesitzervereins und die zu vermutende nachfol-
gende Gründung eines Mieterbundes machen das städt.
Wohnungsamt nötig. Die zur Fühlungnahme empfohlenen
Einrichtungen in Diez sind inzwischen wirksam geworden.
Die erste Anfrage beantwortete Stadt. Sehr als Leiter des
Lebensmittelsamtes dahin, daß der Stadt noch etwa 1100
Zentner fehlen, daß aber für Ersatz durch Güterfrüchte
sorgt ist. Es bleibt nichts unberührt, noch Kartoffeln
anzuschaffen. Sollte es ganz schlimm werden, so müßten
die Haushaltungen, die reichliche Vorräte haben, denen, die
keine haben, abgeben. Die Hotels sind nicht übermäßig
angedeckt. Der Besitzer des Kurhauses hat sich sogar zur Ver-
sorgung größerer Mengen bereit erklärt.
Zur zweiten Anfrage erklärte Stadt. Sehr, daß die
Wohnungsnot noch größer werden würde, auch schon dadurch,
daß noch Wohnungen von der Besatzung angefordert werden.
Verstärkter Kaul teilte ferner mit, daß J. M. Herx
für die Übernahme des Leiterpostens für das Mietver-
waltungsamt sich bereit erklärt habe.
Durch eine Anfrage des Stadt. Henke (Dem.) entstand
dann noch einmal eine Debatte über die Milchverteilung.
Stadt. Sehr erklärte, daß die Entnahme der Milchproben
polizeiliche ist, daß die vorgeschriebenen Proben genommen
werden; vielleicht lassen sich diese vermehren. Die Eigen-
tümer können ihre Milch nach Maßgabe ihrer Karten
ziehen, wo sie wollen, und ebenso kann der Besitzer des
Kasseler Hofes auch nur ihnen liefern. Letzteres be-
weilte Stadt. Henke und meinte, man müsse den Be-
sitzer des Hofes zwingen können, auch an die Stadt zu
liefern. Die Eisenbahner legten großen Wert auf die Fest-
stellung, daß sie nicht vorzugsweise bevorzugt sind. Ferner be-
schwerte sich der Stadt. darüber, daß der Lebensmittelaus-
schuß noch nicht einberufen sei, obgleich schon wichtige Ent-
scheidungen zu treffen gewesen wären.
Stadt. Raffine II. (Soz.) fragte, ob die Stadt Schritte
zur Beschaffung von Kleidungsstücken und Wäsche
bei der Reichsbefreiungsstelle getan habe. Darauf wurde
mitgeteilt, daß die Stadt 1000 Paar Arbeitskleider für
65 Mk. gekauft und je 300 Paar Herren-, Damen- und
Kinderschuhe bestellt habe.
Stadt. Kiliau (Soz.) fragte, weshalb die Bergarbeiter
keine Brotzusatzkarten bekommen, ob sie etwa „ver-
schluckt“ seien. Die Bergarbeiter verlangten sie. Stadt.
Sehr erklärte, daß von „Verschlucken“ keine Rede sein könne,
daß die Stadt nur nach den Vorschriften des Reichsaus-
schusses Karten ausgeben könne, daß der Kreisaus-
schuß die Ausgabe der Zusatzkarten entscheide und nicht die Stadt.
Die Ausgabe sei für die nächsten Tage zu erwarten.
Stadt. Loß (Dem.) brachte Klagen über Wild-
schweinschäden vor, worauf Stadt. Sehr mitteilte, daß
Schritte zu ihrer Bekämpfung getan würden. Beigeordn.
Balzer wies darauf hin, daß Polizeijagden nur auf Anord-
nung des Landrates veranstaltet werden können.
Damit war die lange Tagesordnung erledigt. An die
öffentliche Sitzung schloß sich noch eine geheime an.

Befanntmachung
Verleihung von Pferden.
Die Personen, die vom französischen Staat Pferde zu reizen
wünschen, werden auf Mittwoch, den 4. Februar 8 Uhr in Emis,
Kommunauweg eingeladen, die Tiere anzusehen, und von den
Bedingungen Kenntnis zu nehmen. Die Abnehmer müssen
eine Bescheinigung des Bürgermeisters beibringen, daß sie die
Pferde besitzen, die verlangten Pferde zu ernähren und in
gutem Zustand zu erhalten.
Nach erfolgter Genehmigung werden die Tiere an die Ab-
nehmer nach Vereinbarung zwischen ihnen und den Komman-
danten des Emser Bataillons ausgeliefert.

Stadtverordnetenversammlung
Donnerstag, den 5. Febr. 1920, nachm. 4 Uhr
im Rathsaussaal.
A. Vorlagen des Magistrats:
1. Schiedsmannswahl.
2. Abschluß einer Unfallversicherung.
3. Uebernahme einer Bürgschaft.
4. Verpachtung der städt. Beizung am Konfordinarium.
5. Prüfung, Feststellung und Entlastung der Jahresrech-
nung für 1917.
6. Kredit in laufender Rechnung bei der Kass. Landes-
bank.
B. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung:
1. Antrag Maßgebender betreffend Umbenennung der hiesi-
gen Volksschulen.
C. Mitteilungen.
Der Magistrat wird zu der Sitzung ergebenst eingeladen.
Die Akten liegen Dienstag, den 3. und Mittwoch, den
4. 2. L. Zs. im Rathaus bei dem Schriftführer — Ober-
stadtssekretär Kaul — zur Einsichtnahme offen.
Bad Ems, den 31. Januar 1920.
Der Stadtverordnetenvorsteher.
Dr. Stemmler.

Freiwillige Versteigerung.
Dienstag, den 3. Februar, 1 Uhr (alte Zeit)
versteigere ich gegen bar in der Gartenhalle W. Stoll, Diez,
Birkenbacherweg
vollständige Betten, Nachtschränken, Tische, Stühle,
Spiegel, 1 Sofa, 2 Komoden, 1 Spinnrad, 1 Schade-
wanne, 1 Kinderwagen, 1 Hängelampe, 1 Waschmangel,
1 Kachelofen, Kleidungsstücke, Küchengeräte u. a. mehr.
1/2 Stunde vorher Besichtigung.
Philippbaas, Vollz.-Beamt., Diez.

Kaufe
Deutsches Silbergeld
zum Reichsbankkurs.
Goldmünzen zum höchsten Tagespreise.
August Mies.
Uhren u. Goldwaren, DIEZ.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an der Beerdigung
unseres lieben treusorgenden unvergeßlichen Vaters, Schwiegervater
und Großvaters, Herrn
Bürgermeister a. D.
Karl August Bodenheimer
sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Familie:
Heinrich Bodenheimer.
Berghausen, den 28. Januar 1920.

Deutsches Silbergeld
wird zum Reichsbankkurs entgegen genommen.
Vorschuß-Verein Diez.
Rauchtabake.
Grobschnitt
100 Gramm Paket 4.50 Mk.
Buffallo Bill Krüllschnitt
50 Gramm Paket 2.50 Mk.
beide Sorten aus der Fabrik G. Ph. Gail, Giessen.
empfiehlt
Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt,
Nassau a. L., Mauerstr. 5.

Gut erh. Flobert
6—9 mm zu kaufen gesucht
Ankäufer mit Preisang. unter
D. 471 an die Geschäftsst.
1—2 Zimmer-
Wohnung
mit Küche zu vermieten
Grabenstr. 30, Ems.
Tüchtige Maurer
und Puzer
sofort gesucht.
Betonbaugeschäft
Franz Schlüter.
Papierfabrik
Bornshausen u. Hrt,
Petzmaße 1. B.
Konting. vorhanden. [529]
Geld gegen monatliche
Rückzahl verleiht
H. Gaidarov, Hamburg 5.

L.J. Kirchberger, Bankgeschäft
Bad Ems.
Nassauer Hof.
Ankauf
von Reichssilbermünzen zu nachstehenden Reichsbankkursen.
Mk. 5— zu Mk. 32,50 Mk. 2— zu Mk. 13—
Mk. 3— „ Mk. 19,50 Mk. 1— „ Mk. 6,50
Mk. 3— (alte Taler) z. Mk. 21,50 Mk. 1/2 od. Mk. 0,50 zu Mk. 3,25.

Achtung!
Die Eröffnung des **Handwerks-Fortbildungs-**
Kurses zur Vorbereitung der Meisterprüfung findet
nächst **Dienstag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr**
in der Volksschule des unteren Bezirks statt, wozu sich die
angemeldeten sowie noch neu hinzutretenden Teilnehmer recht-
zeitig einfinden wollen.
Im Auftrage der Handwerkskammer Wiesbaden:
Georg Müller, Schreinermeister, Bad Ems.
Vorstandsmitglied der Kammer.

Turn- u. Fechtklub Diez.
Donnerstag, den 5. Februar 1920
Gründungsversammlung der Kiege für **vollständiges**
Turnen (Leichtathletik) und **Fußball** in der Turnhalle der
Realschule um **7 1/2 Uhr.**
Alle Freunde der Leichtathletik und der Spiele werden
dazu **freudlichst** eingeladen.
Anmeldungen nimmt der Vorstand entgegen.
Der Vorstand.

Nie wiederkehrende Gelegenheit
bietet sich jetzt dem geehrten Publikum
künstl. Zähne u. Gebisse
zu verkaufen.
Bis zu Mk. 100 und mehr. Für **Platin** per Gramm
Mk. 110. **Brennstifte** 30, 40 u. 90 Mk. und auch mehr.
Nur in Diez
den 4. Februar im Hotel Hof v. Holland
von 2—5 Uhr, Zimmer im 1. Stock.
Ungezierter Eingang. [528]
Buchenscheit!
sowie alle andern Sorten Brennholzer zu kaufen gesucht.
Auch übernehme Bestände zum Selbstabtrieb. [277]
Gustav Nebelung Frankfurt a. M., Wittelsbacherallee 4.
Telefon Hanfa 5-3.

Turn- u. Fechtklub Diez
BAD EMS.
Mittwoch, den 4. Februar,
abends 7 1/2 Uhr
im Vereinslokal Fiedl
Hauptversammlung.
1. Rechenschaftsbericht und Rech-
nungablage.
2. Renouveau des Vorstandes.
3. Anderweite Beitragsfestsetzung.
4. Mitteilungen [553]
Der Vorstand.
M. G. B. „Eintracht“
Bad Ems.
Dienstag, den 3. Februar 1920,
abends 8 Uhr Probe.
Bollplatz. Erscheinen erforderlich.
Der Vorstand.

Gesucht
wird für kleinen Haushalt
tätiges
Alleinmädchen.
Lohn 80 Mark monatl., gutes
Essen, gute Verpflegung. Best.
Angebote unter L. 468 an
die Geschäftsstelle. [549]
2 junge Damen
aus guter Familie suchen
Aufnahme in besserem Hause
bei Familienanschluss für 1.
April, wo ihnen Gelegenheit
geboten ist das Kochen, Backen
und Einmachen zu erlernen.
Kostgeld wird nach Ueberein-
kunft vergütet. Angel die er-
beten an **Frau W. Raffner,**
Saarburg, Bez. Trier.

Hotel, Weinrestaurant
oder Café
von einem kapitalst. tätigen
Kaufmann zu **kaufen** oder
mit **Vorkaufsrecht zu mieten**
gesucht. Angebote unter
H. P. 22323 an die An-
noncen-Expedition Friedrich
Schöb, Duisburg. [547]
Gesucht
H. Anwesen (Leerst. Fabrik etc.)
für kleinen Fabrikbetrieb ger.
Barauszahlung. Angebote
unter S. 499 an die Ge-
schäftsstelle. [550]
Bis 30 Mk! u. mehr tägl. Ver-
dienst, Gehalt od.
Rebervwerb Prosp. Nr. 375 gratis.
B. Wagners, Verlag, Leipzig